

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2021



Recht: Stolperstein Vermutung

Initiative Gefängnispost

Vor 60 Jahren – Mauerbau

Aktuell

- 3 Fünfter Stiftungsrat nahm Arbeit auf
Fricke-Preis verliehen
Auseinandersetzung mit SED-Unrecht
Kommentar

Recht

- 4 Stolperstein Vermutung

International

- 5 Inter-Asso zeitgemäß
IGFM Gefängnispost-Initiative

Geschichte

- 6 Siebzig Meter Angst

Berichte

- 10 Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit
Schlüsselübergabe in Rostock
- 11 Besudeltes Denkmal

Verbände

- 12 Bundesweiter Frauenkongreß
- 13 32. Bautzen-Forum
Postsowjetische Lebenswelten
- 14 Suchanzeigen
- 15 Abschied

Service/Bücher

- 17 Disziplinieren und Strafen
Mein Leben gehört mir
- 18 Nicht gehört
Vasya, dein Opa
- 19 Land am Abgrund?
Aufruf

Umschlagbild

Startplakat der Posterausstellung „Postsowjetische Lebenswelten. Gesellschaft und Alltag nach dem Kommunismus.“ Eine Ausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Internetplattform dekoder.org.
Siehe auch Seite 14

Konzept und Texte: Jan C. Behrends

Nun ist sie da!

Seit dem 17. Juni 2021 ist Evelyn Zupke Beauftragte für die Opfer der SED-Diktatur. Der Bundestag hatte sie zwei Tage zuvor mit übergroßer Mehrheit in das Amt gewählt. Als ihr persönlicher Gast konnte ich an der Verkündung des Wahlergebnisses im Deutschen Bundestag teilnehmen, und es war ihr ein Bedürfnis, als erste Amtshandlung die Geschäftsstelle der UOKG zu besuchen.

Am 17. Juni ab 13.00 Uhr habe ich ihr alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vorgestellt. Anschließend haben wir in einer Vorstandssitzung gemeinsam mit ihr die ersten Schwerpunkte ihrer Arbeit, wie wir sie empfehlen würden, beraten.

Ja, Frau Zupke hat nicht die jahrelangen Vorkenntnisse, die wir oder unsere aktiven Verbände und Initiativen haben. Aber sie hat eine widerständige Biogra-

phie aus DDR-Zeiten und sie hat das Herz am rechten Fleck.

Auf jeden Fall ist ein langer Wunsch der Opferverbände erfüllt worden. Dieses Amt mit Leben, mit Aufgaben und Ergebnissen zu füllen, hängt auch ab von unserem Engagement. Wir haben Frau Zupke unsere faire Mitarbeit angeboten, und ich bin sicher, daß sie davon Gebrauch machen wird. Wunder dürfen wir wohl nicht erwarten, aber auf jeden Fall haben wir bessere Chancen, die Interessen unserer verschiedenen Opfergruppen zügiger um- und durchzusetzen als in der Vergangenheit.

Es lohnt sich für uns, am Ball zu bleiben.

Bleiben Sie gesund und beste Grüße,

Ihr Dieter Dombrowski

Fünfter Stiftungsrat nahm Arbeit auf

(bsta) Der fünfte Stiftungsrat der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist am 19. April 2021 virtuell zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Wegen der coronabedingten Einschränkungen erfolgte die Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters des Stiftungsrates im Nachgang in geheimer Abstimmung per Briefwahl.

„Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und

Kollegen im Stiftungsrat. Gemeinsam werden wir uns dafür einsetzen, daß die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und der deutschen Teilung sowie Fragen der deutschen Einheit und der Transformationserfahrungen als Aufgabe von gesamtdeutscher und internationaler Bedeutung im öffentlichen Bewußtsein verankert wird“, erklärte der wieder gewählte Vorsitzende des Stiftungsrates, Außenminister a.D. Markus Meckel.

Zu seinem Stellvertreter wurde der Beauftragte der Bundesregierung für die ostdeutschen Bundesländer, der Parlamentarische Staatssekretär Marco Wandewitz, MdB, gewählt. Dieser erklärte: „Im Stiftungsrat der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die 1998 vom Deutschen Bundestag gegründet wurde, werden wir gemeinsam die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortführen und uns insbesondere für die Stärkung der schulischen und außerschulischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden einsetzen.“ 

Fricke-Preis verliehen

(bsta) Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vergab 2021 zum fünften Mal ihren Karl-Wilhelm-Fricke-Preis. Ermöglicht wurde der Preis durch eine Spende des Mediziners, Autors und ehemaligen Fluchthelfers Dr. Burkhard Veigel. Mit diesem Preis möchten wir Einzelprojekte, Persönlichkeiten und Initiativen auszeichnen und würdigen, die sich

mit ihrer Arbeit für Freiheit, Demokratie und Zivilcourage einsetzen und diese stärken.

Die Preisverleihung 2021 wurde aufgrund der anhaltenden Corona-Einschränkungen am 15. Juni live auf unserem YouTube-Kanal übertragen. Der Karl-Wilhelm-Fricke-Preis wurde in den Kate-

gorien Hauptpreis, Sonderpreis und 2021 erstmals auch in der Kategorie Nachwuchspreis vergeben. Mit dem Hauptpreis 2021 wurde der Frankfurter Historiker Dr. Gerd Koenen ausgezeichnet, der Sonderpreis ging an die Online-Plattform Dekoder.org und ihr Redaktionsnetzwerk.

Der Nachwuchspreis wurde den Machern des YouTube-Kanals „Oma Else: Roadtrip zur Grenze. Urlaub und Leben im Sperrgebiet“ verliehen. 

Auseinandersetzung mit Unrecht der SED-Diktatur

(bsta) Am 10. Juni 2021 beschloß der Deutsche Bundestag, daß die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht und dem Unrecht der SED-Diktatur erstmals verpflichtend in die juristische Ausbildung künftiger Richterinnen und Richter aufgenommen wird. Der Bundesrat hat dem Gesetz am 25. Juni 2021 zugestimmt.

„Damit ist der Weg frei, um in die Ausbildung künftiger Juristinnen und Juristen die Indienstnahme und den Mißbrauch der Justiz durch die beiden verschiedenen Diktaturen in Deutschland im 20. Jahrhundert in einem übergreifenden Kontext aufzunehmen“, betonte Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat sich während der Beratungen zu diesem Gesetz dafür stark gemacht, neben der Befassung mit dem NS-Unrecht auch die Beschäftigung mit dem Justizunrecht in der kommunistischen Diktatur in die juristische Ausbildung aufzunehmen. 

Kommentar

Diskriminierung

Seit einigen Jahren gibt es in der Glinkastraße in Berlin eine „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“. Grundsätzlich ist es positiv, wenn die Bundesregierung dafür sorgt, daß jede Form von Benachteiligung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen möglichst verhindert oder wenigstens sanktioniert wird, wenn es solche Übergriffe gibt. Unser Grundgesetz schreibt in Artikel 3 eindeutig vor, daß niemand in diesem Bereich bevorzugt oder benachteiligt werden darf.

Doch in der Praxis wird das Grundgesetz nicht konsequent durchgesetzt, sondern sehr häufig umgangen. Da stellt eine „Verfassungsrichterin“ in Mecklenburg-Vorpommern, die die linksextreme „Antikapitalistische Linke“ mit gründete, öffentlich fest: „Die DDR war kein Unrechtsstaat“ und wird dabei vom Ministerpräsidenten Thüringens unterstützt. Damit behaupten beide, daß die Urteile von SED-Juristen in der DDR kein Unrecht, sondern Recht waren und diskriminieren damit alle Menschen, die in dieser Diktatur politisch verurteilt wurden.

Ebenso unerträglich ist es, wenn in der Öffentlichkeit weitere Symbole der Ideologie des Sozialismus neu errichtet oder konservatorisch erhalten werden, wie die Denkmäler von Marx, Lenin, Pieck und die vielen Straßen mit Namen von Funktionären der sozialistisch-kommunistischen Ideologie. Während jeder falsch gesetzte Gender-Stern auf einem offiziellen Formular zu einem Internet-Shitstorm führt, sind vielen Menschen die Diskriminierungen von politisch Verfolgten der SBZ-DDR-Diktatur egal. Die „Antidiskriminierungsstelle“ fühlt sich übrigens nicht zuständig für solche Diskriminierungen.

Meines Erachtens ist es eben auch eine Diskriminierung, wenn 60 Jahre nach dem Mauerbau durch die SED-Führung, mit dem Segen der Sowjetbesatzer, ein ehemaliges SED-Mitglied als Spitzenkandidat von der SED-LINKE nominiert wird. Und SPD und Grüne setzen die Diskriminierung fort, wenn sie eine Koalition mit solchen „GenossINNEN“ unter solchen Vorzeichen nicht ausschließen.

Anton Odenthal

Stolperstein Vermutung

Keine einheitliche Rechtsprechung bei Reha für Heimkinder

Im Stacheldraht 1/21 habe ich darüber berichtet, wie die Vermutungsregelung aus § 10 Abs. 3 S. 1 StrRehaG zum Teil opferfeindlich von (einigen) Gerichten ausgelegt wird. § 10 Abs. 3 S. 1 StrRehaG lautet: *Es wird vermutet, daß die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, wenn eine Einweisung in ein Spezialheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, in der eine zwangsweise Umerziehung erfolgte, stattfand.* Als Beispiel hatte ich einen Fall geschildert, bei dem lediglich eine Heimkarteikarte mit den stichpunktartig vermerkten Einweisungsgründen „Schulbummelei und kleinere Diebstahlhandlungen“ auffindbar war. Die Staatsanwaltschaft sah damit die Vermutungsregelung als widerlegt an, da die Einweisung aus ihrer Sicht „fürsorgerrischen“ Zwecken diene. Die Kammer neigte dazu, sich dieser Meinung anzuschließen.

Dem Betroffenen wurde die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt und angeboten, den Rehabilitierungsantrag zurückzunehmen. Der Betroffene entschied sich dagegen.

Über die damit verbundenen Risiken, über die ich im letzten Artikel geschrieben habe, wurde er aufgeklärt. Es wurde mit Unterstützung der Beratungsstelle der UOKG eine Stellungnahme verfaßt. Die besseren Argumente sprächen dafür, daß der Betroffene rehabilitiert werden muß. Sinn und Zweck der Vermutungsregelung sei es, Betroffenen die Beweislast zu nehmen. Dabei dürfe die Vermutung nicht vorschnell als widerlegt angesehen werden. Die stichpunktartig auf der Karteikarte vermerkten Einweisungsgründe reichten jedenfalls nicht aus, um zuverlässig einen Sachgrund für die schwerwiegende Maßnahme der Unterbringung in einem Spezialkinderheim festzustellen.

Das Landgericht Berlin wies den Rehabilitierungsantrag gleichwohl mit Beschluß zurück. Nun bleibt abzuwarten, wie das Kammergericht – als zweite Instanz in Berlin – entscheidet. Zugute kommen könnten dem Betroffenen Entscheidungen anderer Oberlandesgerichte (OLG), die sich mit der Frage auseinandergesetzt haben, unter welchen Bedingungen die Vermutungsregelung

widerlegt werden kann. Wenn sich der Senat eines Oberlandesgerichts zu einer entscheidungserheblichen *Rechtsfrage* äußert, sind andere Beschwerdesenate daran grundsätzlich gebunden. Möchten sie von dieser Entscheidung abweichen, so haben sie die Sache nach § 13 Abs. 4 StrRehaG dem Bundesgerichtshof (BGH) vorzulegen. Weicht ein Senat ohne diese sogenannte Divergenzvorlage von einer von einem anderen OLG entschiedenen Rechtsfrage ab, so liegt darin ein Entzug des gesetzlichen Richters. Darin liegt nach der Verfassung von Berlin Grundrechtsverstoß (Art. 15 Abs. 5 S. 2 VvB) und gleichzeitig die Verletzung eines grundrechtsgleichen Rechts (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG). Leider ist es z.T. schwierig – selbst

Wer weiß schon, was in der Einweisungsverfügung stand?

für Richter an einem OLG – eine *Rechtsfrage* von einer *Tatfrage* (diese ist nicht vorlegungspflichtig) abzugrenzen.

Rechtsfragen betreffen eine sich aus Rechtsanwendung, Subsumtion und Auslegung ergebende rechtliche Würdigung eines Sachverhalts, Tat(sachen)fragen hingegen sind alle Feststellungen, die im Wege der Beweiserhebung und Beweiswürdigung getroffen werden. Maßgeblich ist daher, ob im folgenden über eine Rechtsfrage entschieden wurde: Nach dem OLG Rostock ist die Vermutung einer durch sachfremde Zwecke motivierten Heimeinweisung nur widerlegt, wenn positiv festgestellt werden kann, daß die Unterbringung nicht auch der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat, sondern durch die üblichen rechtsstaatskonformen Zwecke gedeckt war (OLG Rostock, Beschluß vom 12. Februar 2020 – 11 Ws Reha 2/20). Aus hiesiger Sicht hat das OLG Rostock über eine Rechtsfrage entschieden, da es um die Auslegung der Vermutungsregelung geht.

Für den oben geschilderten Fall bedeutet dies, daß das Kammergericht den Betroffenen rehabilitieren oder die Frage dem BGH vorlegen müßte, denn nur aufgrund einer Heimkarte und einer mutmaßlich vier Jahre vor der Einweisung in Hinblick

auf Fürsorgepflichten auffällig gewordenen Mutter (auch dies führte das LG Berlin ins Feld), kann ganz sicher **nicht** ausgeschlossen werden, daß die Einweisung zumindest *auch* sachfremden Zwecken diene. Denn wer weiß schon, was in der nicht mehr vorhandenen Einweisungsverfügung stand? Ferner hat das Oberlandesgericht Thüringen (Beschluß vom 16. November 2020 – 1 Ws-Reha 6/17) klargestellt, daß für die Entkräftung der Vermutungsregel eine nach der damaligen Spezialheimanordnung nicht näher definierte „Schwererziehbarkeit“, die in der Praxis u.a. mit Schulbummelei, Herumtreiberei und Verhaltensauffälligkeiten begründet wurde, nicht ausreichend sei. Vielmehr seien atypische Umstände erforderlich, die die Maßnahme im konkreten Einzelfall ausnahmsweise nicht als rehabilitierungswürdiges (System-) Unrecht erscheinen ließen. Diese Feststellung sei im Regelfall nicht möglich.

Diese Rechtsauffassung läßt sich aus dem reinen Wortlaut von § 10 Abs. 3 S. 1 StrRehaG und aus den Gesetzesmaterialien nicht direkt entnehmen. Insofern handelt es sich um eine höchst fortschrittliche Entscheidung, die gleichzeitig nachvollziehbar mit dem im Auftrag der Bundesregierung erstellten Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ und den zugrundeliegenden Expertisen begründet wurde. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die menschenrechtswidrigen Bedingungen in Spezialheimen waren nicht zuletzt ausschlaggebend für die Einführung der Vermutungsregelung.

Zudem stellte das OLG klar: *Entkräftet ist die Vermutung nicht schon dann, wenn sie durch den Beweis ihrer möglichen Unrichtigkeit nur erschüttert, sondern erst, wenn sie durch den vollen Beweis ihres Gegenteils widerlegt ist, das Gericht also die Überzeugung vom Gegenteil der Vermutung gewinnt.* Auch an diese Feststellungen des OLG Thüringen ist das Kammergericht grundsätzlich gebunden. Nach diesen Maßstäben müßte der Betroffene rehabilitiert werden, weil wegen „Schulbummelei“ und „kleineren Diebstählen“ eines strafunmündigen Kindes nicht eine atypische Schwererziehbarkeit angenommen werden kann und die Vermutungsregelung dadurch allenfalls erschüttert, aber keinesfalls widerlegt werden kann. Insofern kann der Entscheidung des Kammergerichts bezogen auf den geschilderten Fall erwartungsvoll entgegengesehen werden.

Inter-Asso zeitgemäß

Am 8. Mai 2021 trafen sich die Mitglieder des Präsidiums der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) zu ihrer ersten online-Sitzung! Die sehr eingeschränkten Kontakt- und Reisemöglichkeiten wegen der Corona-Pandemie gaben den Anlaß zu dem Versuch, sich auf diese Weise auszutauschen. Hinzu kam, daß der für letztes Jahr in Albanien geplante Kongreß der Inter-Asso coronabedingt ausfallen mußte, obwohl der albanische Inter-Asso-Mitgliedsverband für zwei geplante Kongreßtermine schon intensive Vorbereitungen getroffen und die Konrad-Adenauer-Stiftung in Albanien großzügige finanzielle Förderung zugesagt hatte.

So trafen sich die Präsidiumsmitglieder aus Lettland, Rumänien, Ungarn, der Slowakei und Deutschland mit ihren Kol-

legen, die vor allem für die Übersetzung zuständig sind – „virtuell“. Es funktionierte, nach einer vorangegangenen Probesitzung, sehr gut!

Mit viel Mühe hatte das vorbereitet und moderiert Christian Dietrich, den meisten bekannt als früherer Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

So wurden gutgelaunt insbesondere das Protokoll der letzten Präsidiumssitzung (August 2019 in Riga) besprochen, ein neuer Flyer der Inter-Asso beschlossen (auf rumänisch und russisch), die Situation bei einzelnen Mitgliedsverbänden und die Höhe der Mitgliedsbeiträge diskutiert.

Auf die Diskussion der Tätigkeitsberichte der Mitgliedsverbände, die durch die

Präsidiumsmitglieder vertreten waren, wurde ausnahmsweise verzichtet, weil diese jedem schon seit langem schriftlich vorlagen und eine solche Diskussion im Rahmen einer online-Sitzung wesentlich umständlicher wäre als bei einer Präsenzsitzung. Außerdem stellte Christian Dietrich sich vor, der in Zukunft bei der Inter-Asso möglicherweise aktiv mitarbeiten wird. Ein neuer Kongreß der Inter-Asso (als Präsenzveranstaltung oder virtuell) wurde für Anfang September 2021 ins Auge gefaßt.

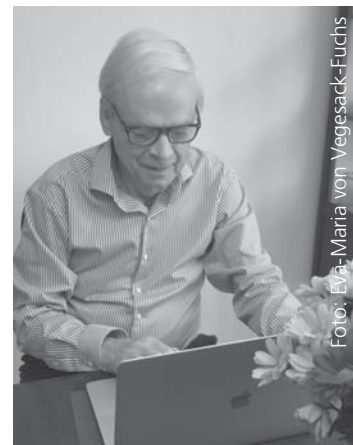


Foto: Eva-Maria von Vegesack-Fuchs

Der Autor während der Sitzung.

Christian Fuchs,
Präsident der Inter-Asso

Die IGFM Gefängnispost-Initiative

Very important stamps

(igfm) Weltweit sitzen Systemkritiker im Gefängnis. Menschenrechtler, Oppositionelle, Künstler. Je mehr Aufmerksamkeit diese Fälle in der freien Welt bekommen, desto größer ist die Chance, daß diese Menschen in ihrer Haft gut behandelt werden.

Ein Weg, dem Gefängnispersonal diese Aufmerksamkeit zu demonstrieren, ist Post an die Gefangenen. Sie signalisiert, daß die Inhaftierten international angesehene Personen sind. Sie kann verhindern, daß sie gefoltert werden. Und sie hilft, indem sie ihnen zeigt, daß die Welt sie nicht vergessen hat.

Mit Portraits politischer Gefangener auf Briefmarken will die IGFM den Eindruck verstärken, daß die inhaftierten Personen im Ausland hohes Ansehen genießen. Darum: schreiben Sie den Gefangenen – mit ihren Portraits als Briefmarken. Unsere „Very Important Stamps“ erhalten Sie kostenlos. Ebenso stellen wir Ihnen Textvorschläge für Ihre Briefe zur Verfügung.

Wir danken allen beteiligten Künstlern für ihre großartigen Beiträge und hoffen auch auf Ihre Unterstützung. Schreiben Sie um ein Leben. Jeder Brief zählt.

Die politischen Gefangenen sind im Iran, in China, Kuba, Saudi-Arabien, der Türkei und in Belarus inhaftiert. Nähere Informati-

onen, Adressen und Kontakte unter www.igfm.de/veryimportantstamps/

Nasrin Sotoudeh – Die Rechtsanwältin gehört zu den bekanntesten Menschenrechtsaktivisten im Iran. Gegen sie wurde eine Haftstrafe von 33 Jahren und 148 Peitschenhieben verhängt.

Unterstützen Sie Nasrin Sotoudeh!

Lee Ming-che – der taiwanesischer Demokratie- und Menschenrechtsaktivist wurde 2017 in der Volksrepublik China wegen angeblicher „Untergrabung der Staatsgewalt“ inhaftiert und im selben Jahr zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Schützen Sie ihn vor Folter!

Nahid Taghavi – Die Architektin besitzt die iranische sowie die deutsche Staatsbürgerschaft. Aktuell wird die 66-jährige im berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis festgehalten.

Helfen Sie uns, Nahid Taghavi zu befreien!

Denis Solís González – Der kubanische Rapper ist bekannt für seine politischen Botschaften. Er ist seit dem 9. November 2020 in Haft.

Schreiben Sie Denis Solís eine Postkarte!

Pablo Moya Delá – Der kubanische Demokratieaktivist wurde 2020 bei einem Protest gegen die willkürliche Verteilung von Bußgeldern sowie die mangelnde Versorgung von Grundnahrungsmitteln festgenommen.

Schützen Sie Pablo Moya Delá vor Folter!

Raif Badawi – Der saudische Internet-Aktivist wurde 2014 wegen „Beleidigung des Islam“ zu 1000 Peitschenhieben, 10 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt.

Schicken Sie ihm ein Zeichen der Hoffnung!

Sergej Petrushkin – Der belarussische Autor und Blogger ist Initiator des regierungskritischen YouTube-Kanals „Volksreporter“. Er wurde zu drei Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt.

Ein Brief an ihn signalisiert internationale Aufmerksamkeit!

Svetlana Kupreeva – Der belarussische Geheimdienst KGB nahm sie wegen des Vorwurfs der „Hinterziehung von Steuern und Gebühren in großem Umfang“ ohne Vorlage von Beweisen in Untersuchungshaft. Ihr drohen 5 Jahre Haft.

Schreiben Sie Svetlana Kupreeva!



Siebzig Meter Angst

von Monika Strajtmann

(am Stechlinsee bei Neuglobsow, Brandenburg – Ost-Berlin – West-Berlin; 1960 – 1962)

Wir schreiben das Jahr 1960. Die Stadt Berlin ist leider immer noch nicht zusammengewachsen. In ihrem Westteil pulsiert das Leben, und das Wirtschaftswunder ist überall zu spüren. Im Ostteil, im Arbeiter- und Bauernstaat, wird wohl der sogenannte Wohlstand noch länger auf sich warten lassen. Die Menschen müssen nach wie vor nach Obst und Gemüse anstehen. Auch andere Lebensmittel werden immer knapper und teurer; von Luxusgütern, die auch zu einem neuen Lebensgefühl gehören, ganz zu schweigen. Die guten und begehrten Artikel werden getestet, dann für Devisen in den Westen geliefert und verschwinden so wieder ganz schnell vom Markt im Osten. Dafür holen sich die Ost-Berliner die verschiedenen Dinge des alltäglichen Bedarfs aus dem Westteil der Stadt. Beileibe nicht oft oder gar täglich, denn die Umtauschkurse sind hoch und die Preise demzufolge für die Leute aus dem sowjetischen Sektor entsprechend teuer. Illegal ist das sowieso. Die Kontrollen an den Grenzen werden

immer strenger. Die Zeitungen können fast täglich von überführten Grenzgängern berichten.

In dieser Zeit müssen auch zwei Ost-Berliner Familien ihr Leben den Umständen entsprechend einrichten. Die eine hat vier Töchter. Die älteste, Ingrid, ist bereits verlobt und wird bald heiraten. Ich, Monika, bin 18 Jahre alt und habe meine Lehre als Verkäuferin abgeschlossen. Meine zwei jüngeren Geschwister gehen noch zur Schule. Meine Freizeit verbringe ich in der katholischen Jugendbewegung. Dort, im Kreis Gleichgesinnter, besteht die einzige Möglichkeit, meine Träume auszuleben und einen regen Gedankenaustausch zu pflegen. Die einzige Abwechslung vom Alltag bieten uns die gemeinsamen Wochenenden, wo wir Fahrten in die nähere Umgebung unternehmen.

Das andere Ehepaar hat zwei Kinder, den 18jährigen Willi und seine achtjährige Schwester. Vater und Sohn arbeiten im Westteil der Stadt als sogenannte Grenz-

gänger. Auch Willi verbringt seine Freizeit in der katholischen Jugendgruppe. Dort lernen wir uns kennen und verstehen uns bald sehr gut. Wir träumen von einem Leben im anderen Teil der Stadt oder sogar noch weiter weg. Auch die Eltern von Willi planen ein Leben in West-Berlin. Noch ist ja alles relativ einfach! Wenn gewisse finanzielle Voraussetzungen für einen neuen Start erfüllt sind, wollen wir uns in die S-Bahn setzen, einfach wegfahren und drüben bleiben.

Unwillkommene Urlaubsüberraschung

So vergeht das Jahr. Willi und ich planen für 1961, zusammen mit anderen jungen Leuten in Urlaub zu fahren. Der Familienrat beider Elternpaare tagt und kommt zu dem Entschluß: wenn gemeinsamer Urlaub, dann nur zusammen mit Willis Eltern! Wohl oder übel fahren wir also im Sommer 1961 mit ihnen nach Brandenburg. Willis Eltern mit einem Motorrad mit Beiwagen, wir mit einer „Java“. Am Stechlinsee bei Neuglobsow verleben wir zwei schöne Wochen.

Am 13. August 1961, es ist ein Sonntag, fahren wir nach dem Frühstück zur Kirche. Als wir gegen Mittag zum Campingplatz zurückkommen, sind dort alle Camper in heller Aufregung. Sie haben inzwischen Nachrichten gehört: Walter Ulbricht hat durch Einheiten der Volksarmee die Sektorengrenze in Berlin mit Stacheldraht sperren lassen!

Für uns bricht zwar nicht die Welt zusammen, noch nicht, aber erschüttert sind wir schon. Willis Vater spendiert eine halbe Flasche „Noris“-Weinbrand, die für den letzten Abend sein sollte, und meint nur: „Jetzt sind wir arbeitslos!“

Keiner glaubt in den nächsten Wochen, und schon gar nicht an diesem Sonntag, daß sich der im Radio geschilderte Zustand mitten in Berlin halten läßt. Alle bauen auf die Amerikaner, aber die wollen abwarten und natürlich keinen neuen Krieg riskieren. Wir bleiben also, bis unser Urlaub zu Ende ist, und fahren erst dann heim. Bei meinen Eltern löst unser normales Verhalten Überraschung aus. Sie glaubten, daß wir uns außerhalb von



Foto: B145, Bild F 003014-0002/Brodde

Berlin einen Weg in den Westen gesucht hätten. Immerhin wußten sie von unseren Plänen.

In den nächsten Monaten wird die Mauer rund um Berlin gebaut. Die Teilung von Deutschland in zwei Staaten ist nun vollzogen. Für die Familie von Willi beginnt eine harte Zeit. Der Vater, von Beruf Elektriker, und Sohn müssen sich offiziell als Grenzgänger zu erkennen geben und bekommen ziemlich miese und schlecht bezahlte Arbeitsplätze zugewiesen. Jetzt steht erst recht fest, daß wir nicht in diesem Gefängnis weiterleben wollen. Es vergeht kein Abend, an dem wir nicht zusammensitzen und überlegen, wie und wo sich eine Möglichkeit zur Flucht finden könnte.

Fliehen – aber wie? Der erste Versuch

Inzwischen hört man bereits täglich von Tragödien, weil wieder einmal jemand ausbrechen wollte. Bereits am 15. August 1961 springt der 19jährige Conrad Schuhmann, Unteroffizier der Grenzpolizei, über den Stacheldraht und riskiert eine Erschießung wegen Fahnenflucht. In den folgenden Monaten werden dies noch weitere Volksarmisten tun.

Auch wir planen weiter unsere Flucht. Sicher soll sie sein und möglichst einfach. Meine Eltern werden in unsere Pläne eingeweiht. Wir wollen wissen, wer sich uns anschließen möchte; dementsprechend müssen ja die Vorbereitungen durchdacht werden. Eigentlich wollen alle Familien und gute Freunde, die wir ansprechen, mit, aber allen dauert die Planung zu lange. Immerhin werden Willi und sein Vater besonders beobachtet, weil sie als ehemalige Grenzgänger als Feinde der Republik gelten. So vergeht über vielen Diskussionsabenden der Herbst.

Bei Häusern in Grenznähe werden bereits nach Westen gelegene Fenster zugemauert, denn zuvor sind Menschen aus den Fenstern gesprungen. Einige sind dabei zu Tode gestürzt. Dennoch sehen wir dort eine Möglichkeit zur Flucht. In einem dieser Häuser wohnt ein Bekannter von Willis Familie. Man kommt in diese Straße aber nur noch mit Personalausweis hinein, muß also nachweisen können, daß man dort wohnt. Willis Vater besorgt uns passende Ausweise. Er unternimmt einen Versuch. An einem regnerischen Herbstabend setzt er alles auf eine Karte. Anstandslos wird sein Ausweis anerkannt

und er kann die Kontrolle in der Bernauer Straße passieren. Auch auf dem Heimweg gibt es keine Schwierigkeiten. So wollen wir auf diesem Weg versuchen, in den Westen zu gelangen.

Zu Hause wird so manches sortiert. Alles, was wir mitnehmen können, ohne aufzufallen, stecken wir in die Taschen. Meine Eltern bekommen die Kartoffel- und die Kohlenkarte von Willis Familie, denn für diese Wintervorräte gib es im Osten noch Marken. Wir wollen uns mit Hilfe einer Strickleiter, die wir selbst angefertigt haben, vom Dach herablassen. Dafür haben wir einige Tage zuvor auf dem Speicher geübt, denn es ist gar nicht so einfach, daran zu klettern. Uns wird immer deutlicher, was wir riskieren!

Doch es bleibt dabei: Wir wollen mit unseren „neuen“ Ausweisen in die betreffende Straße gehen, das Haus betreten und uns dann vom Dach abseilen. Willis Eltern fahren mit seiner Schwester zuerst los, wir etwas nach ihnen. Später wollen wir uns an einer Straßenbahnhaltestelle treffen. Es ist alles bis ins Detail geplant.

Zitternd stehen Willi und ich am Treffpunkt. Zu unserer Überraschung befindet sich genau hier eine Polizeistation. Plötzlich hält ein Taxi vor uns, darin Willis Eltern. Es geht wieder nach Hause!

Dort erfahren wir, all unser Aufwand war umsonst. Gerade an diesem Tag sind auf den Hausdächern der ganzen Straße Stacheldrahtrollen ausgelegt worden. Keiner durfte mehr auf die Böden und schon gar nicht auf die Dächer.

Die Wohnung kommt uns ganz fremd vor. Vor allem: Jetzt haben wir ungültige Ausweise! Bei einer Kontrolle käme alles heraus. Eine Möglichkeit ist, die Papiere als verloren zu melden. Willi und seine Familie haben den Verlust in ihrem Wohnbezirk anzuzeigen. Ich wohne ja in einem anderen, so wird keine Verbindung hergestellt, hoffen wir. Die Angelegenheit wird ganz schön teuer. Aber wichtiger ist, daß wir plausible Geschichten vortragen, wieso uns so wichtige Dokumente abhandeln kamen. Willis Vater muß immerhin den Verlust von gleich vier Stück melden. Aber alles geht gut und wir bekommen gültige Ausweise.

Inzwischen haben Willi und ich uns verlobt. Es wird auch an Hochzeit gedacht. Meinen Eltern erzählen wir nun nichts mehr von unseren weiteren Fluchtplänen. Sie hatten Angst um uns, als sie hörten,



Ein Zeitdokument: die Skizze des Fluchtwegs. 73 Meter lang war der Tunnel von der Behelfsgarage in Ost-Berlin bis zu den Bahngleisen in West-Berlin
x Nähe Gleimstr

Die Skizze unseres Fluchtweges. 73 Meter lang war der Tunnel, den mein Verlobter Willi und sein Vater in monatelanger Arbeit gruben. Er führte von unserer Behelfsgarage nahe der Gleimstraße im Prenzlauer Berg in Ost-Berlin bis zu den Bahngleisen von Gesundbrunnen in West-Berlin. Quelle: „Quick“. Bildquelle: ZeitgutVerlag/Monika Strajtmann

daß für unsere Flucht nur noch ein Tunnelbau in Frage käme. Die Frage ist nur, wo und wie?

Der zweite Versuch

Willis Vater sucht jetzt in Grenznähe eine Garage für sein Motorrad. Es ist schwer, direkt an die Grenze zu gelangen, weil die Zugangsstraßen bereits überall gesperrt sind und nur mit Sondergenehmigung betreten werden dürfen. Der geplante Tunnel soll ja wegen der Arbeit und wegen des Wegschaffens des Erdbreichs auch nicht zu lang sein. Zufällig entdeckt er auf seinen Streifzügen durch den Prenzlauer Berg am 1. Dezember 1961 in der Gleimstraße einen Garagenhof. Dort fragt er nach einer freien Garage. Er kommt mit dem Besitzer ins Gespräch und erfährt, daß der gesamte Hof, einschließlich der Wohnungen, vermietet werden soll. Die Gelegenheit ist also sehr günstig. »

Mit viel Vorsicht stellt er uns als junges Brautpaar auf Wohnungssuche vor. Außerdem bietet er an, die elektrischen Anlagen kostenlos zu erneuern. Fast täglich kreuzt der Elektromeister nun hier auf, er erneuert Lampen, montiert Schalter und bringt auch mal eine Flasche Schnaps mit. Der Besitzer faßt Vertrauen und bietet uns Wohnung und Pacht des Garagenhofes für Anfang des Jahres 1962 an. Eine Garage müßten wir uns aber selber aufstellen, Platz sei vorhanden, und er stelle sogar das Material zur Verfügung. Am zweiten Weihnachtsfeiertag fangen die beiden Männer an. So entsteht unsere Wellblechgarage.

Während dieser Zeit bekommen meine zukünftigen Schwiegereltern Besuch von einem Verwandten aus Westdeutschland. Der nimmt Verbindung mit der West-Berliner Polizei auf und erkundet die andere Seite. Außerdem versorgt er uns mit verschiedenen wichtigen Sachen, die es in der DDR nicht oder nur sehr schwer gab, zum Beispiel mit Luftreiniger und Plastik-eimern für den Tunnelbau. Der geplante Tunnel muß eine Länge von zirka siebzig Metern haben. Die genaue Berechnung mit Kompaß, auch die Absprache mit der West-Berliner Polizei, muß noch erfolgen.

Jetzt beginnt eine schwere Zeit für die Männer. Am 2. Januar 1962 ist die Garage fertig. Jetzt müssen wir warten, bis der Frost nachläßt. Dann soll in der Garage das „Buddeln“ beginnen. Alles er-

weist sich als viel schwieriger und langwieriger, als ursprünglich angenommen.

Am 23. Januar 1962 stellen wir mit großer Bestürzung fest, daß alle zeitlichen Berechnungen für die Katz waren. Die beiden Männer haben bis jetzt ganze zehn Meter geschafft – zwei Meter in die Tiefe für den Einstieg und acht Meter vorwärts. Die Arbeit ist mörderisch. Jeder Meter muß mehrfach abgestützt werden, sonst droht alles einzustürzen. Das Holz dafür zu beschaffen, ist sehr schwierig, mitunter fast unmöglich und führt zu unfreiwilligen Pausen. Außerdem müssen wir sehr vorsichtig sein, weil die Garage von allen Seiten einzusehen ist. Wenn die Männer abends nach ihrer regulären Arbeit dorthin kommen, ist es zwar schon zeitig dunkel, aber vor allem der Sonntag muß ja zum Graben genutzt werden.

Am 25. März 1962 sinkt unsere Stimmung auf den Nullpunkt. Zu allem Übel eröffnet uns der Garagenhofbesitzer, daß der Hof von Amts wegen geräumt werden soll, weil er zu nahe an der Grenze liege. Der Tunneleingang wird zugeschüttet, denn uns erscheint alles aussichtslos.

Ein Tag nach dem anderen vergeht. Wir warten, aber auf dem Hof tut sich nichts. Nach langem Hin und Her beschließen die Männer, den Tunnel doch weiterzugraben. Die Zeit drängt nun wirklich, ich erwarte ein Baby. Mein Kind soll unbedingt in Freiheit zur Welt kommen. Mei-

nen Eltern muß ich es auch noch sagen. Wir melden die Hochzeit an und stellen einen Wohnungsantrag. Alles, um später beweisen zu können, daß meine Eltern von unseren Fluchtplänen nichts wußten.

Graben bis zur Erschöpfung

Am 12. April 1962 geht es also weiter mit dem Graben. Große Schwierigkeiten bereitet nach wie vor das Wegschaffen der Erde. Meine Schwiegermutter und ich nähen viele kleine Säcke für den Abtransport des Sandes. Wenn die Männer im Tunnel aufhören, beginnt die Nacht- und Nebelaktion des Sandverteilsens. In näherer und weiterer Umgebung wird schnell mal ein Sack ausgeleert. In dem Konsum-Gardinengeschäft, in dem ich als Verkäuferin arbeite, kaufe ich ballenweise stabile Stoffe für die Säcke. Ich muß mir immer wieder etwas Neues einfallen lassen, wofür ich soviel Stoff brauche.

Ich bin fast nur noch bei meinen Schwiegereltern, wohne aber offiziell noch bei meinen Eltern. Die glauben schon nicht mehr an die Hochzeit. Wir wollen aber kein Risiko eingehen. Solange ich noch bei ihnen gemeldet bin, weiß ich von nichts. Wenn es schiefgeht, soll mein Kind nicht im Gefängnis zur Welt kommen.

Im Geschäft soll ich als Leiterin die Teppichabteilung übernehmen. Nun muß ich die Schwangerschaft melden. Ab sofort erhalte ich einen Schonplatz. Das bedeutet, daß ich nur noch Urlaubsvertretungen in verschiedenen Läden mache, so in einer Drogerie, einem Geschäft für Herrenbekleidung und danach in einem Geschäft für Babysachen. Dort melde ich mich vorsichtshalber für Windeln und Babysachen an. Nur wer eine Schwangerschaft nachweisen kann, hat ein Anrecht, diese begehrten Sachen kaufen zu dürfen. Mittlerweile wird fast alles rationiert und kontrolliert. Fast nichts ist ohne langes Anstehen zu bekommen. Ich muß mich um diesen täglichen Kleinkram kümmern und bin dauernd genervt. Wenn ich dann am Abend die Männer sehe, wie sie kaputt und ausgelaugt nach Hause kommen, kann mich das alles nicht mehr erschüttern.

Die Arbeit im Tunnel wird immer schwerer und die Luft immer schlechter. Willi und sein Vater stellen die vollen Sandeimer auf ein umgerüstetes Kinderwagengestell und ziehen sie damit zurück zum Einstieg. Inzwischen ist die Erdschicht so hart, daß Gott sei Dank nicht mehr abgestützt



Foto: Karl-Ludwig Lange



Das Foto zeigt mich mit meiner Tochter Cornelia, die drei Monate nach der gelungenen Flucht durch den Tunnel, im Oktober 1962, zur Welt kam. Wir sitzen vor der Baracke des Flüchtlingslagers in Mainz, in dem wir fast ein Jahr zubringen mußten. Mein Verlobter Willi und ich hatten noch in West-Berlin geheiratet. Bildquelle: ZeitgutVerlag/Monika Strajtmann

werden muß. Dafür benötigen die Männer jetzt Naturstahlblätter zum Kratzen. Zudem wird die Luft im Tunnel immer knapper. Ein Ventilator und Lüfterfrischer sollen sie verbessern. Dreißig Meter sind geschafft. Willi bekam schon einige Schwächeanfälle. Er sitzt, oder besser gesagt, er liegt, vorne im Tunnel und gräbt sich mit großer Anstrengung durch den schweren Lehm Boden. Sein Vater zieht immer wieder den Wagen zurück und füllt die Erde in der Garage in die kleinen Säcke, die dann im Beiwagen des Motorrades aus der Garage geschafft werden.

Am 29. April 1962 stellen die Männer fest, daß sie nicht mehr jeden Tag buddeln können, weil mein Schwiegervater nicht mehr weiß, wo er den Sand noch hinbringen soll. Immerhin muß er für einen Meter, den Willi freiräumt, zwanzig kleine Säcke Sand irgendwo unauffällig ausschütten. Eine Fuhre im Beiwagen faßt nur fünf Säcke. Außerdem herrscht auf dem Garagenhof reges Leben. Die meisten Garagenbesitzer kommen täglich und man lernt sich kennen. Unter ihnen befinden sich auch ein ABV (Abschnittsbevollmächtigter der Volkspolizei) und ein Polizist.

Die Zeit drängt. Der RIAS meldet, daß zwei andere Tunnel von den Volkspolizisten entdeckt worden sind. Unmittel-

bar vor der Einfahrt zu dem Garagenhof stehen inzwischen zwei Wachtposten der Volkspolizei. Wir werden immer nervöser.

Zu Hause darf ich gar nichts erzählen. Was meine Eltern nicht wissen, kann man ihnen später nicht als Mitwisserschaft ankreiden. Trotzdem habe ich Angst, daß sie bestraft werden. Man hört soviel von Familien, die Schweres durchgemacht haben, weil ein oder mehrere Familienmitglieder einen Weg gefunden haben, den Arbeiter-und-Bauernstaat in Richtung Westen zu verlassen. Hoffentlich können meine Eltern glaubhaft machen, daß sie nichts wußten. Eine gewisse Sicherheit ist natürlich, daß ich nach wie vor zu Hause wohne und auch meine Sachen dort sind. Das ist wohl alles, was ich tun kann.

Mitten im Stacheldraht!

Am 17. Juni 1962 sind 42 Meter geschafft. Willi hat einen erneuten Schwächeanfall. Sein Vater muß ihn unter Aufbietung all seiner Kräfte aus dem Tunnel holen. Die beiden Männer können nicht mehr. Der Arzt ist erstaunt über ihre Erschöpfungszustände und verschreibt ihnen Aufbaumittel, Vitamine und Krankenurlaub. Die Männer brauchen dringend Hilfe im Tunnel. Wem kann man aber in diesen Zeiten trauen?

Ein bekanntes Arztehepaar wird angesprochen. Auch sie wollen die DDR verlassen. Der Mann erklärt sich bereit zu helfen. Als sich Willi und sein Vater etwas erholt haben, fahren sie wieder zur Garage und buddeln weiter. Jetzt steht am Einstieg der Arzt bereit und kann Handreichungen machen. Die Eimer werden von ihm angenommen und in die bereitgelegten Säcke geschüttet, doch mit jeder weiteren Person wächst auch das Risiko, entdeckt zu werden.

Die Zeit drängt. Ich bin inzwischen im vierten Monat schwanger. Wir freuen uns sehr auf unser Kind. Wenn es wie gewünscht in Freiheit auf die Welt kommen soll, muß die Arbeit weitergehen, und nicht zu langsam. Alles nimmt seinen Lauf. Die letzten Meter sind noch einmal sehr spannend und arbeitsintensiv.

Ein Neffe, unsere große Hilfe, kommt immer öfter und bringt Nachrichten aus dem Westen. Eines Tages meint er, wir wären schon zu weit. Also wird der Tunnelgang nach oben getrieben und ein Spiegel aus dem Loch hinausgehalten. Der Schreck sitzt tief, als sich von beiden

Seiten Stacheldraht zeigt. Das bedeutet, daß wir uns noch im Grenzgebiet befinden, wo jederzeit Streifen kommen können. Also wieder etwas tiefer und weitergraben!

Willi kann nicht mehr, er ist nur noch ein Schatten seiner selbst. Wir haben Angst, er könnte ganz zusammenbrechen. Ein neuer Schreck: Beim Weitergraben stößt Willi an eine alte Mauer, die tief in der Erde das Reichsbahngelände abgrenzt! Wieder muß er in die Tiefe und den Tunnel um die Mauer herumgraben.

Endlich!

Endlich sind die Männer am Ziel, wenn auch noch im Niemandsland. Am 3. Juli 1962 wird das Zeichen, eine Konservendose, auf die Garage gestellt. Nun weiß die West-Berliner Polizei, daß die Aktion am Abend startet. Es wird eine anstrengende Nacht. Für mich ist der Einstieg in den Tunnel sehr schwierig, da ich bereits im sechsten Monat bin. Erst muß ich drei Meter kopfüber in den Tunnel kriechen und dann auf allen Vieren gleich losrobren, weil der Nächste ja schon folgt. Vor mir sind Willi und seine kleine Schwester. Ich habe ein Handarbeitskörbchen mit dem Kanarienvogel im Mund. Hinter mir kommen die Eltern von Willi, danach das Arztehepaar. Willis Vater schiebt eine Reisetasche mit Katze Putzi vor sich her. Alles klappt prima.

Am Ausstieg werden wir von freundlichen und sehr umsichtigen West-Berliner Polizisten empfangen. Wir müssen ganz leise und langsam sein, da ja auch hier die Grenzposten der DDR erscheinen könnten. Im Polizeirevier von Berlin-Wedding werden wir mit Jubel empfangen und können

uns waschen. Wir bekommen sofort etwas zu trinken und zu essen. Danach werden wir nach Marienfelde in das Flüchtlingslager gefahren. Alle Plackerei, Angst, Mühe und Arbeit sind vorbei. Ein neues Leben kann beginnen!



Siebzig Meter Angst
Fluchtgeschichten aus der DDR. 1961-1989
Reihe Zeitgut Auswahl
192 Seiten, viele Abbildungen, Taschenbuch
Zeitgut Verlag GmbH Berlin, www.zeitgut.com
ISBN 978-3-86614-221-3

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit

Kranzniederlegung am 17. Juni in Koblenz

(esch) Im Namen der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft legte Elke Schlegel als Opferbeauftragte der UOKG für Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Josef Oster in seiner Funktion als Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Koblenz sowie Andreas Biebricher, Präsident der Peter-Altmeier-Gesellschaft, an den Original-Teilen der Berliner Mauer unweit des Deutschen Ecks in Koblenz einen Kranz im Gedenken an die Opfer des Aufstands vom 17. Juni 1953 nieder. Ebenfalls dabei waren der in Bendorf le-

bende Zeitzeuge Siegfried Keil, der den 17. Juni 1953 und die folgenden Repressalien persönlich erlebt hat. Schlegel, Oster und Keil hielten bewegende Reden.

Elke Schlegel betonte, wie wichtig es sei, die Erinnerungskultur zu pflegen. „Wir erinnern uns an den mutigen Aufstand von Männern und Frauen, die vor mittlerweile 68 Jahren gegen den Unrechtsstaat DDR auf die Straße gegangen sind. Sie haben damals für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte ihre Stimmen erhoben.“

„Auch heute sehen wir in vielen Teilen der Welt und leider auch in Deutschland, daß Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Sie muß Tag für Tag verteidigt werden“, sagte CDU-Politiker Josef Oster.

„Gerade in diesen Zeiten, in denen Antidemokratie und Populisten an Kraft gewinnen und gegen unsere demokratische freie und vielfältige Gesellschaft hetzen, ist es wichtig, daß wir uns an die erinnern, die schon vor Jahrzehnten für Demokratie und Freiheit auf die Straße gingen und viel dabei riskierten“, so die Regionalbeauftragte.

„Der Aufstand, an dem sich mehr als eine Million Menschen beteiligten, wurde brutal und menschenverachtend von Polizei und Militär des SED-Staates und sowjetischen Panzern niedergeschlagen. Die Bilanz des Grauens: 50 Todesopfer, mehr als 1000 Bürger mußten langjährige Haftstrafen verbüßen und unzählige Menschen dauerhaft mit Schikanen und Repressalien leben“, erzählte Siegfried Keil.

„Der 17. Juni ist kein x-beliebiger Tag. Er steht für Freiheit, Menschenrechte und über allem für das kostbare Gut Demokratie. Das Erbe der Bürgerinnen und Bürger, die vor 68 Jahren auf die Straße gegangen sind, müssen wir alle in unseren Herzen tragen.“



(v.l.) Thomas Schlegel, Siegfried Keil, Elke Schlegel, Josef Oster und Andreas Biebricher vor den Mauerteilen am Deutschen Eck.

Schlüsselübergabe in Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock

Einrichtung nach Sanierung an neuen Träger übergeben

Am 10. Mai 2021 fand nach zweieinhalbjährigen Sanierungsarbeiten die Schlüsselübergabe in der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock an den zukünftigen Betreiber, die Landeszentrale für politische Bildung MV (LpB), statt. Als Vertreter der Landesregierung des Bundeslandes war Finanzminister Reinhard Meyer (SPD) zugegen, die Landeszentrale für politische Bildung wurde durch ihren Leiter Jochen Schmidt vertreten.

Innerhalb der Sanierungsmaßnahmen wurden insgesamt fast 4 Millionen Euro für die denkmalgerechte Sanierung und Moder-

nisierung der Gedenkstätte eingesetzt. Finanzminister Meyer sprach in seiner Rede aufgrund der vorgefundenen Situation im Gebäude und der Aufgabenstellung, möglichst wenig sichtbare Veränderungen vorzunehmen, von einer besonderen Herausforderung für die Bauverwaltung. „Wenn Veränderungen nicht so sehr auffallen, dann haben wir unseren Job richtig gemacht“, sagte er. In der Tat ist im ehemaligen Gefangenen-Trakt nur wenig von der erfolgten Sanierung erkennbar.

Gleichwohl wurden auch hier z.B. Elektroleitungen und Elektroinstallationen erneuert, die Original-Glasbausteine im

Fußboden teilweise durch gleiche Glasbausteine, die man im Keller gefunden hatte, ersetzt, oder auch sogenannte Medienleisten installiert, an denen Veranstaltungstechnik angeschlossen werden kann. Kostenintensiv waren z.B. die Erneuerung des Dachstuhls des Gebäudes, der Einbau einer modernen Rauchmeldeanlage oder die Schaffung einer neuen Eingangssituation zur Gedenkstätte sowie der Einbau von Fahrstühlen. Im Innenhof wurden teilweise Trennmauern wiedererrichtet, um einen authentischeren Eindruck von den Haftbedingungen zu ermöglichen.

Meyer äußerte weiter, daß man als Land lebendige Gedenkstättenarbeit möglich machen wolle, Diktaturgeschichte solle erlebbar werden. Die sanierte Gedenkstätte sei dafür hervorragend geeignet. Froh zeigte sich der Minister darüber, die Gedenkstätte an die Landeszentrale



Unauffällige Sanierung außen...



...und innen.

Fotos: J. Plath

für politische Bildung zu übergeben, die nunmehr nicht nur Betreiberin der Gedenkstätte, sondern auch fachlich für die Ausstellungsgestaltung und die Betreuung der Besucher zuständig ist. „Ich wünsche mir, daß wir eine lebendige Erinnerungsstätte an ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte bekommen“, so Meyer.

Während der Veranstaltung wurde auch die neue Gedenkstätten-Leiterin vorgestellt. Die Geschicke des Hauses wird zukünftig Dr. phil. Steffi Brüning lenken. Brüning, die Geschichte und Politikwissenschaften studierte, hat als Studentin bereits von 2012 bis 2014 in der Doku-

mentations- und Gedenkstätte gearbeitet. Die neue Chefin betonte die Wichtigkeit der Bildungsarbeit, die die Gedenkstätte betreiben wird. Wichtig sei ihr zudem das Thema Digitalisierung. „Wir wollen digitaler, interaktiver werden.“

Die Einbindung von Opferverbänden in die Arbeit der Gedenkstätte sei ihr wichtig, die bestehenden Kontakte zu den Opfern sollen bestehen bleiben. Insgesamt werde es keinen Bruch mit der bisherigen Gedenkstättenarbeit geben, die bis zum Trägerwechsel durch den BStU durchgeführt wurde. Die Kooperation mit dem BStU sei eng, sie solle dauerhaft mit dem Nachfolger des BStU fortgeführt werden.

Übergangsweise wird in der Gedenkstätte zunächst eine Interimsausstellung gezeigt werden, die in Kooperation mit dem BStU erarbeitet wird. Die neue Dauerausstellung wird erst später gezeigt werden, sie soll die Besucher u. a. multimedial und interaktiv ansprechen. Nach einer Vorab-Eröffnung der Gedenkstätte am 17. Juni 2021, die Opfern und ehemaligen Häftlingen vorbehalten ist und die die Gedenkstätte am Jahrestag des Arbeiteraufstandes von 1953 besichtigen können, ist für den 2. Juli 2021 dann die eigentliche Eröffnung geplant, zu der – wie man hört – Politprominenz erwartet wird.

Jörg Plath

Besudeltes Denkmal im ehemaligen Gefängnis Rummelsburg

Das besudelte Denkmal, welches den Bewohnern (seit 1879) und späteren Häftlingen (seit 1950) sowie den dort einsitzenden politischen Häftlingen der DDR-Diktatur gewidmet ist, interessiert das zuständige Bezirksamt nicht.

Die Ärgernisse begannen bereits im Augenblick der Einweihung am 12. Januar 2015.

Der Hauptredner war ein langjähriges Mitglied des berühmten Wachregimentes Feliks Dzierzynski des Staatssicherheitsdienstes, langjähriges Mitglied der SED, PDS und dann LINKE.

Bereits damals habe ich spontan gegen diese unverschämte Provokation öffentlich protestiert.

Daß die ehemaligen SED-Mitglieder und heutigen Linken im Bezirksamt Lichtenberg ein Problem insbesondere mit dem Gedenken an die Opfer ihrer Diktatur ha-

ben, ist hinlänglich bekannt. Daß sie aber auch mit ihren Unterlassungen oder ihrem Handeln die Opfer vor uns beleidigen, ist restlos unverständlich.

Die jetzigen Schmierereien und die Sachbeschädigungen sowie der meterhohe Unkrautwuchs sind nicht erstmalig, sondern traten schon öfter auf.

Ein zuständiger Vertreter des Bezirksamtes teilte mir mit, daß die angezeigten Beschwerden bis September (er schrieb nicht, welchen Jahres) hoffentlich beseitigt werden.

Der Umgang des Bezirksamtes mit Denkmälern ist ein Skandal und offenbart die Unfähigkeit des Amtes im Umgang insbesondere mit Denkmälern und Gedenkort.

Günter F. Toepfer
ehemaliger politischer Häftling
in Hohenschönhausen, in der
Magdalenenstraße und Rummelsburg



Besudelte Stelen.



Wildwuchs um das Denkmal.

Fotos: Günter F. Toepfer

Bundesweiter Frauenkongreß

6. bis 8. August 2021 in Stollberg

Programm am Freitag, dem 6. August

Ab 16.00 Uhr: Anreise und Anmeldung im Dorint Kongreßhotel, Brückenstraße 19, 09111 Chemnitz, Internet: hotel-chemnitz.dorint.com, Ausgabe der Tagungsmappen

17.30 Uhr: Abfahrt mit dem Shuttle-Bus nach Stollberg, Treffpunkt: vor dem Hotel

Ab 18.00 Uhr: Kranzniederlegung am Gedenkstein, Teilnehmerzahl ist beschränkt

Ab 18.00 Uhr: Ankunft im Veranstaltungsort Bürgergarten Stollberg, Hohensteiner Straße 16, 09366 Stollberg/Erzgebirge, Internet: buergergarten-stollberg.de, *Einklang: Kleiner Imbiß / Abendessen*

19.15 Uhr: Begrüßung und Grußworte moderiert durch Uljana Sieber, Leiterin der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Marcel Schmidt, Oberbürgermeister von Stollberg, Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG e.V., Konstanze Helber, Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur e.V., Christian Lieberwirth, stellvertretend für Steffi Lehmann vom Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.

20.00 Uhr: Texte und Filmsequenzen zur politischen Verfolgung von Frauen in der SBZ/DDR, moderiert durch Uljana Sieber, Leiterin der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Alexandra Pohlmeier, Autorin, Filmemacherin

21.00 Uhr: Rückfahrt zum Hotel nach Chemnitz, Treffpunkt – Auto- und Busparkplatz

Programm am Samstag, dem 7. August

9.00 Uhr: Abfahrt mit dem Shuttle-Bus zum Veranstaltungsort Bürgergarten Stollberg, Treffpunkt: vor dem Hotel

Ab 9.30 Uhr Anmeldung und Ausgabe der Tagungsmappen für Tagesgäste, Wo: Foyer, Bürgergarten

10.00–12.00 Uhr: Erste Führung Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck

10.00 Uhr: Auftakt und Einführung, Tages-Moderation: Isabell Fannrich, Journalistin

10.15 Uhr: Frauen als Opfer in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Sibylle Dreher über Deportationen, Margot Jann über willkürliche Verhaftungen, Fragen & Diskussion

10.45 Uhr: Frauen in politischer Haft, Dr. Sibylle Plogstedt, Publizistin, Fragen & Diskussion

11.30 Uhr: Frauen im Widerstand, Dr. Katharina Lenski, Historikerin, Fragen & Diskussion

12.15 Uhr: *Mittagspause*

13–15 Uhr: Zweite Führung Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck, Treffpunkt: Auto- und Busparkplatz

13.30 Uhr: Sexuelle Gewalt als Teil politischer Repressionen, Dr. Karl-Heinz Bomberg, Arzt, Liedermacher, Fragen & Diskussion

14.15 Uhr: Auswirkungen politischer Haft in der DDR auf Frauen, Dr. Maya Böhm, Psychologin, Fragen & Diskussion

15.00 Uhr: *Kaffeepause*

15.20–17.20 Uhr: Dritte Führung Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck, Treffpunkt: Auto- und Busparkplatz

16.00 Uhr: Psychische Repressionsfolgen bei Frauen, Dipl.-Psych. Stefanie Knorr, Beratungsstelle „Gegenwind“ Berlin, Fragen & Diskussion

16.45 Uhr: „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht und Grenzen des medizinischen Versorgungssystems“, Adrian Gallistl, Psychologe, Fragen & Diskussion

17.30 Uhr: „Sozialstudie – Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen aus dem Land Brandenburg, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und deren Mitbetroffenen“, Petra Morawe, Fragen & Diskussion

18.15 Uhr: Videobotschaft des Ministerpräsidenten von Sachsen Michael Kretschmer

18.25 Uhr: Das Frauenforum – Förderungskatalog, Konstanze Helber und Carla Ottmann, Fragen & Diskussion

19.00 Uhr: *Abendessen*

20.00 Uhr: Raum & Zeit für Gespräche

21.00 Uhr: Rückfahrt zum Hotel nach Chemnitz, Treffpunkt – Auto- und Busparkplatz

Programm am Sonntag, dem 8. August 2021

9.00 Uhr: Abfahrt (mit Gepäck) mit dem Shuttle-Bus zum Veranstaltungsort: St.-Jakobi-Kirche, Hauptmarkt 7, 09366 Stollberg/Erzgeb., Treffpunkt: vor dem Hotel

9.30–11.30 Uhr: Vierte Führung Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck

10.00 Uhr: Gottesdienst in der St.-Jakobi-Kirche Stollberg im Gedenken an Frauen als Opfer politischer Repression

11.30 Uhr: Wieder im Bürgergarten, Abschlusveranstaltung mit Verabschiedung einer bundesweiten Resolution „Das Schweigen brechen – den Opfern helfen“

12.30 Uhr: *Ausklang – gemeinsames Mittagessen*

13.30 Uhr: Abfahrt zum Bahnhof Chemnitz & Ende der Veranstaltung

Adressen & Kontakt

Organisationsbüro: Telefon: 01525/85 44 133, kongress.hoheneck@uokg.de

Hotel: Dorint Kongreßhotel, Brückenstraße 19, 09111 Chemnitz, Internet: hotel-chemnitz.dorint.com, Telefon: 0371 683-0

Tagungsort: Bürgergarten Stollberg, Hohensteiner Straße 16, 09366 Stollberg/Erzgeb., Internet: buergergarten-stollberg.de

Gedenkstätte Frauenzuchthaus Hoheneck: An der Stalburg 6, 09366 Stollberg/Erzgeb., Internet: gedenkstaette-hoheneck.de

Kirche: St.-Jakobi-Kirche, Gottesdienst am Sonntag, Hauptmarkt 7, 09366 Stollberg/Erzgeb.

Die Führungen sind nur sehr eingeschränkt, nicht behindertengerecht möglich. Wegen der noch andauernden Bauarbeiten müssen sie neben dem eigentlichen Programm laufen! 

Die DDR in den 1970er und 1980er Jahren

Stabilisierung, Erstarrung und Verfall

32. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung

9.–10. September 2021 in Bautzen
Gemeindehaus der Evangelisch-
Lutherischen Kirchgemeinde St. Petri
Am Stadtwall 12

Programm

Donnerstag, 9. September 2021

10.00 Uhr: Eröffnung und Grußworte –
Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung,
Leiter des Landesbüros Sachsen; Alexan-
der Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-
Komitees e.V.; Hanka Kliese, Mitglied
des Sächsischen Landtages, Chemnitz;
Alexander Ahrens, Oberbürgermeister der
Stadt Bautzen

10.45 Uhr: Vortrag – SED-Diktatur im
Wandel? Die DDR in der Ära Honecker,
Prof. Dr. Hermann Wentker, Leiter der
Abteilung Berlin des Instituts für Zeitge-
schichte München – Berlin IfZ; anschlie-
ßend Rückfragen und Diskussion

12.15 Uhr: Mittagessen

13.30 Uhr: Podiumsgespräch – Die Ost-
politik Willy Brandts, das Ringen der
DDR um internationale Anerkennung
und die einhergehende Destabilisierung
der Macht der SED, Walter Momper,
Regierender Bürgermeister von Berlin
a.D.; Markus Meckel, Theologe, Außen-
minister a.D., 1989 Mitgründer der SDP
in der DDR; Dr. Nancy Aris, Sächsische
Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur; Prof. Dr. Peter Brandt, Hi-
storiker, Berlin; Mod. Pia Heine

15.30 Uhr: Kaffeepause

16.00 Uhr: Meine Ausbürgerung am 16.
November 1976 als Zäsur und folgen-
schwere Machtprobe der SED, Wolf Bier-
mann, Liedermacher und Schriftsteller, im
Gespräch mit Anne Hähning, Redakteurin,
DIE ZEIT im Osten

17.30 Uhr: Ende des ersten Forumtages,
anschließend Imbiß in der Gedenkstätte
Bautzen

19.00 Uhr: Sonderveranstaltung in der
Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a –
Lesung und Konzert mit Wolf Biermann

Freitag, 10. September 2021

9.00 Uhr: Podiumsgespräch – Nischenge-
sellschaft DDR? Die schweigende Mehr-
heit, eine wachsende Opposition und die
Härte des Überwachungsapparates für
den Machterhalt der SED in den 1980er
Jahren, Petra Morawe, Bürgerrechtlerin,
Mitgründerin des Neuen Forums; Dr.
Jessica Bock, Historikerin, Autorin des
Buches „Frauenbewegung in Ostdeutsch-
land. Aufbruch, Revolte und Transfor-
mation in Leipzig 1980–2000“; Steffen
Reiche, Pfarrer, Minister in Brandenburg
a.D.; Prof. Dr. Rainer Eckert, Historiker
und Autor, Berlin; Mod. Claudia Euen

11.00 Uhr: Kaffeepause

11.30 Uhr: Projektvorstellung – Genera-
tion 1975: Mit 14 ins neue Deutschland,
Interview- und Ausstellungsprojekt der
Universität Konstanz und der Stiftung
Berliner Mauer zu Ost- und Westperspek-
tiven auf die jüngste Geschichte Deutsch-

lands, vorgestellt und diskutiert mit Dr.
Sarah Bornhorst, Stiftung Berliner Mau-
er, Zeitzeugenarbeit/Oral History; Stefan
Krauss, KRRO Film; Katharina Franke und
Markus Achtkélik, Zeitzeugin und Zeitzeu-
ge „Generation 1975“; Mod. Silke Kle-
win, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

13.00 Uhr: Ende des Forums

Hinweis des Bautzen-Komitees

Mittwoch, 8. September 2021, 16.30 Uhr, Gedenkkapelle
auf dem Gräberfeld am Karnickelberg in Bautzen

Andacht und ökumenischer Gottesdienst für die Opfer der
SED-Herrschaft

Die Teilnahme am 32. Bautzen-Forum ist
kostenfrei. Die Aufwendungen für Mitta-
gessen, Imbiß und Getränke im Rahmen
der beiden Veranstaltungstage trägt die
Friedrich-Ebert-Stiftung. Reise- und Über-
nachtungskosten können leider nicht er-
stattet werden.

Das 32. Bautzen-Forum wurde im Online-
Fortbildungskatalog des Sächsischen Kul-
tusministeriums aufgenommen. [https://
www.schulportal.sachsen.de](https://www.schulportal.sachsen.de)

Wir bitten um verbindliche Anmeldung bis
zum 8. September:

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro
Sachsen, Burgstr. 25, 04109 Leipzig, Tel.
(03 41) 960 24 31, Fax (03 41) 960 50
91, E-Mail Sachsen@fes.de

Die aktuell geltenden Hygiene- und Ab-
standsregeln sind einzuhalten! 

Postsowjetische Lebenswelten

Gesellschaft und Alltag nach dem Kommunismus

Eine Ausstellung der Bundesstiftung Aufarbeitung
und der Internetplattform dekoder.org. Konzept und Texte:
Jan C. Behrends

Das Ende der Sowjetunion im Dezember
1991 ist Ausgangspunkt der Ausstel-
lung „Postsowjetische Lebenswelten.
Gesellschaft und Alltag nach dem Kom-
munismus“. Die Schau widmet sich dem

historischen Wandel, den die fünfzehn
Nachfolgestaaten seitdem durchlaufen
haben. Geographisch reicht der Blick da-
mit von Osteuropa über den Kaukasus bis
nach Zentralasien. Er schließt Staaten ein,

deren Größe und Einwohnerzahl, Natio-
nalgeschichte und kulturelle Prägungen,
aber auch wirtschaftliche Ausgangspo-
sitionen kaum unterschiedlicher sein
könnten. Um so eindrücklicher sind die
Gemeinsamkeiten, die den Alltag dieser
Gesellschaften vor allem in den 1990er
Jahren prägten.

Die Ausstellung wirft Schlaglichter auf
den sozialen Ausnahmezustand jenes
Jahrzehnts, in dem die Menschen den
Härten des Staatszerfalls und einem
Markt ohne Recht ausgeliefert waren. 

Sie nimmt die Lebensverhältnisse in den Blick und macht die Wanderungsbewegungen sichtbar, die Menschen auf der Suche nach Arbeit und Wohlstand die Heimat verlassen ließen. Der Raubzug der Mafia und die Selbstbereicherung früherer Funktionäre, die das Staatseigentum privatisierten, sind ebenso Themen, wie die ethnischen Konflikte und regionalen Kriege, die häufig mit dem russischen Hegemoniestreben verbunden waren und sind.

Die Schau zeigt, wie mit Geschichte, aber auch mit Religion Politik gemacht wird, wie der demokratische Aufbruch gelang, aber auch, wie neue Autokratien entstanden. Medien- und Öffentlichkeit, Konsum- und Popkultur, ökologische Altlasten, die Frauenemanzipation sowie bemerkenswerte Fortschritte im Bereich der Digitalisierung werden ebenso auf den 20 Ausstellungstafeln dargestellt.

Das Konzept der Ausstellung sowie deren Texte stammen von **Jan C. Behrends** vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam. Der Osteuropahistoriker hat gemeinsam mit dem Kurator der Ausstellung **Ulrich Mähler** die 130 zeithistorischen Fotos ausgewählt, die im Mittelpunkt der Ausstellung stehen. Unterstützt wurden sie dabei von Cora Litwinski (ZZF). Die Gestaltung der Ausstellung besorgte

der Leipziger Grafiker **Thomas Klemm**. Herausgeber der Ausstellung sind die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Internetplattform dekoder.org.

Die Ausstellung kann ab sofort vorbestellt werden. Sie steht ab 15. September für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit zur Verfügung.

Die Schau ist das ideale Medium, um in Schulen und an öffentlichen Orten – etwa in den Foyers von Rathäusern, in Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, Kulturzentren oder Kirchen – dazu einzuladen, sich mit der jüngsten Zeitgeschichte einer Weltregion vertraut zu machen, die auf vielfältige Weise mit unserem Alltag verbunden ist.

Die Ausstellung umfaßt 20 DIN-A1-Plakate und kann ab sofort gegen eine Schutzgebühr von 30,00 € bestellt werden. Der Preis versteht sich inkl. MwSt. und zuzüglich der Versandkosten. Die Rechnungsstellung erfolgt bei Lieferung und kann nicht vorgezogen werden.

Die Plakate werden gerollt geliefert und müssen vor Ort auf eigene Kosten gerahmt, auf Ausstellungsplatten aufgezogen oder auf sonstige Weise präsentiert werden.

Bestellformular

Bestellungen von bis zu fünfzehn Exemplaren erfolgen ausschließlich über das Onlineformular unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/bestellformular2021

Technische Angaben

Anzahl der Plakate: 20
Plakatgröße: DIN A1 (594 x 841 mm)
Papierstärke: ca. 135 g/qm

Das Ausstellungssystem ist von Ihnen selbst zu stellen.

Allgemeine Hinweise

Die Ausstellung kann nur komplett bestellt werden, eine Lieferung von Einzelplakaten ist nicht möglich. Die Plakate werden von Ihnen erworben, d.h. sie verbleiben dauerhaft bei Ihnen.

Rückfragen zu Inhalten und Sonderkonditionen

Rückfragen zu den Ausstellungsinhalten sowie zu Sonderkonditionen bei der Abnahme von elf oder mehr Ausstellungsexemplaren richten Sie bitte – ausschließlich – per E-Mail zu Händen von Dr. Ulrich Mähler an buer0@bundesstiftung-aufarbeitung.de 

Suchanzeigen

Verantwortung übernehmen

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland stellt sich kirchlichem Handeln während der SED-Diktatur. Ombudsperson ist Hildigund Neubert, frühere Thüringer Landesbeauftragte zur Diktaturaufarbeitung und Vorsitzende des Bürgerbüros e.V.

Betroffene können sich ab sofort an Ombudsfrau Hildigund Neubert wenden.

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) übernimmt Verantwortung gegenüber Opfern von kirchenleitendem Handeln während der SED-Diktatur. Dafür hat der Landeskirchenrat ein Anerkennungsverfahren initiiert für Personen, die aus politischen Gründen drangsaliert wurden und in ihren Kirchen disziplinarisch belangt oder die durch Verrat aus kirchlichen Kreisen inhaftiert, gedemütigt, traumatisiert oder zur Ausreise gedrängt wurden. Als Ombudsperson,

mit deren Unterstützung die Anträge zu stellen sind, wurde Hildigund Neubert beauftragt.

„Mir ist es wichtig, daß die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland dem Bußwort der Kirchenleitung Taten folgen läßt. Im Gespräch mit den Betroffenen wird hoffentlich Versöhnung möglich und kann vielleicht auch geholfen werden.“

Die Lebensgeschichten dieser Menschen sollen als wichtiger Teil der Kirchengeschichte in der DDR sichtbar werden“, sagte Neubert.

Die Anerkennungsentscheidungen erfolgen durch einen Anerkennungsausschuß. Anträge können bis zum 30. April 2023 gestellt werden.

„Die Kirchen haben während der SED-Diktatur einer staatlichen Vereinnahmung widerstanden. Aber kirchenleitendes Handeln war nicht immer unabhängig von staatlichen Einflüssen und politischen Rücksichtnahmen. Es gab Entscheidungen, die durch staatliche Stellen, unter anderem durch die Staatssicherheit, beeinflußt waren“, erklärte Oberkirchenrat Christian Fuhrmann, Gemeindegerechter der EKM. „Davon waren Personen betroffen, die haupt- oder ehrenamtlich für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen sowie die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen tätig waren. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland wendet sich als Rechtsnachfolgerin der beiden Vorgängerkirchen an Mitar-

beitende, die der SED-Diktatur gegenüber kritisch eingestellt waren und in Situationen persönlicher Bedrängnis von ihrer Kirche allein gelassen oder gar diszipliniert wurden.“

Formen der Anerkennung erlittenen Unrechts können die formale Feststellung des Unrechts, eine einmalige Anerken-

nungsleistung beziehungsweise eine öffentliche Anerkennung und Würdigung sein. Für das Anerkennungsverfahren wurde im Haushalt ein Budget in Höhe von 500 000 Euro eingestellt. Dieser Finanzrahmen orientiert sich an vergleichbaren Verfahren.

Mehr Informationen und Kontakt: www.ekmd.de/service/anererkennung-ddr-unrecht/

ekmd.de/service/anererkennung-ddr-unrecht/

Hildigund Neubert, Ombudsperson
Landeskirchenamt der EKM
Ombud „DDR-Unrecht“

Michaelisstraße 39, 99084 Erfurt
E-Mail: ADU-Ombud@ekmd.de
Mobil: 017672289046

Hiermit möchten wir Ihnen auch ausdrücklich versichern, daß wir dem Datenschutz verpflichtet sind und die Gespräche vertraulich behandelt werden.

Wenn Sie Interesse an einem Gespräch haben, kontaktieren Sie uns gerne telefonisch oder per Email.

Kontakt

Dr. Arne Worm
Universität Göttingen (Methoden-
zentrum Sozialwissenschaften)
Goßlerstraße 19
37073 Göttingen
Telefon: (05 51) 39 215 33
E-Mail: aworm@uni-goettingen.de



Friedland: Gestern und heute

Interviewpartner und -partnerinnen gesucht!

Sehr geehrte Interessierte,

wir sind eine Gruppe von Studierenden der Universität Göttingen. Wir interessieren uns im Rahmen eines Seminars für die Familien- und Lebensgeschichten von Menschen und ihren Angehörigen, die eine Zeit ihres Lebens im Grenzdurchgangslager Friedland verbracht haben. Das Grenzdurchgangslager blickt auf eine bewegte Geschichte zurück. Friedland ist mit vielen unterschiedlichen Lebenswegen verbunden. Wir interessieren uns ins-

besondere für die Geschichten von Personen (oder deren Angehörigen), die aus der DDR geflüchtet oder ausgeist sind.

Wir sind an Ihrer gesamten persönlichen Familien- und Lebensgeschichte interessiert, den Erlebnissen in unterschiedlichen Phasen Ihres Lebens sowie Ihren gegenwärtigen Lebenssituationen. Im Rahmen der Forschung möchten wir biographische Interviews führen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns bei der Forschung unterstützen würden.

Abschied

Gerhard und Ursula Puhlmann

Gerhard Puhlmann (24. September 1924 – 21. Januar 2021) begeisterte sich früh für die Fliegerei und schloß seine Lehre als Flugzeugbauer bei der Henschel AG in Berlin-Schönefeld als Bester von rund 300 Lehrlingen ab.

Im Januar 1943 zur Luftwaffe eingezogen, geriet er am 9. Mai 1945 (nach ca. 800 Starts mit rund 500 Flugstunden, auch als Nachtjäger) in sowjetische Gefangenschaft und kehrte –lungenkrank – im September 1949 heim. Gerhard konnte die schrecklichen Umstände ermesen, die seinen Vater und seinen Onkel im Speziallager Sachsenhausen das Leben kosteten.

Nach Ingenieurstudium und Arbeit als Teilekonstrukteur ging Gerhard Puhlmann als Flugversuchingenieur zu den Flugzeugwerken Dresden, wo das erste deutsche Passagierstrahlflugzeug, die B152, entwickelt wurde.

Seit 1956 flog er die IL-14 ein, danach – in der Sowjetunion – die IL-28

und TU 104 und war für die Mannschaft der Dresdner B152/II V5 vorgesehen. Nachdem das Baumuster B152 V1 am 4. März 1959 nahe Dresden abstürzte, kam für die Entwicklung der zivilen Luftfahrt in der DDR zwei Jahre später das endgültige Aus.

Als das Dresdener Werk auf Rüstung umstellte, floh er am 18. Juli 1961 nach West-Berlin und stand lange im Verdacht, DDR-Spion zu sein. Erst 1963 hatte Gerhard Puhlmann eine gesicherte berufliche Zukunft, zunächst bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt und ab 1966 als Erprobungspilot.

Am 23. August 1968 heiratete Gerhard seine Ursula (17. September 1931 – 9. Januar 2021), die er schon 1950 in einer Lungenheilstätte kennengelernt hatte, und wohnte mit ihr in Pfaffenhofen, bis er 1972 zum Luftfahrt-Bundesamt Braunschweig wechselte.

Ursulas Familie floh 1945 unter grausamen Umständen aus der von „Befreieren“ niedergebrannten Heimatstadt in Hinterpommern. Einen Polen, der sie westwärts führen wollte, töteten Rotarmisten sogleich. Zwei Brüder von Ursula



Ehepaar Puhlmann links, mit Ehepaar Klaus, 2014.

überlebten die Flucht ebenfalls nicht. Derartige Erfahrungen prägten Ursula Puhlmann fürs weitere Leben.

Sie wollte hilfreich sein, lernte Kinderkrankenschwester, arbeitete mit Hingabe in Krankenhäusern und Kindereinrichtungen und blieb zeitlebens eine herzengute Frau.

Gerhard Puhlmann flog als ein „Naturtalent“ mehr als 70 Flugzeugtypen zur Erteilung von Lufttüchtigkeitszeugnissen für die Zulassung in der Bundesrepublik Deutschland. Er genoß auch bei Pilotenkollegen der Zulassungsbehörden anderer Länder große Achtung wegen seiner Sachkenntnis, seines fliegerischen Könnens und seiner konsequenten Haltung –



selbst gegenüber Boeing, dem weltgrößten Flugzeug-Hersteller.

Gerhard und Ursula Puhlmann unternahmen von 1982 bis 1996 viele große und kleine Reisen weltweit, darunter zwei Alaska-Rundfahrten, und lebten insgesamt 27 Monate auf den fünf Hawaii-Inseln. Danach blieben sie in Deutschland.

Gerhard Puhlmann wurde Mitglied unserer Arbeitsgemeinschaft und suchte im Jahr 2000 erstmals die Massengräber in Sachsenhausen auf.

Meine Frau und ich lernten die Eheleute Puhlmann erst vor zehn Jahren kennen und waren bei jährlichen Besuchen immer wieder beeindruckt – und später gerührt – von ihren Lebensleistungen.

Im Juli 2017 zog sich Gerhard Puhlmann bei einem Sturz bei Arbeiten im Garten schwere Kopfverletzungen zu. Nach Klinikaufenthalt mußte er in ein Pflegeheim – zusammen mit seiner Ursula, die inzwischen auch der Betreuung bedurfte.

„Gute Freunde“ waren behilflich und erleichterten die Eheleute Puhlmann um private Unterlagen und sehr viel Geld, was noch im Wohnhaus verblieben war. Dies und die Enge in nur einem Zimmer des Pflegeheimes bei Gifhorn bedrückten den früher grenzenlos agierenden Gerhard sehr. Nur die Sorge um seine Ehefrau hielt ihn noch aufrecht. Als Ursula Puhlmann am 9. Januar 2021 verschied, folgte der Gatte nur zwölf Tage danach.

Beide förderten seit dem Jahr 2000 – in wacher Erinnerung an eigene familiäre Schicksale – sehr großzügig die Arbeit unseres Opferverbandes. Dank ihrer Geradlinigkeit und Herzlichkeit werden wir sie nicht vergessen.

Bärbel Klaus, Reinhard Klaus
(Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.), gemeinsam mit Hans-Ludwig Meyer (früherer Berufskollege von Gerhard Puhlmann).

Edith Fiedler

Tief bewegt nehmen wir Abschied von unserer Kameradin Edith Fiedler. Sie starb am 17. Mai 2021 als unsere Kameradin und Mitglied der Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern im Alter von 85 Jahren. Stets war sie eine Kämpferin für die Freiheit und Gerechtigkeit. Sie wird



Edith Fiedler bei der Einweihung einer von ihr initiierten Gedenktafel in Berlin-Grünau.

immer in unseren Herzen bleiben. Wir werden Edith niemals vergessen.

Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfer
Dieter Gollnick

Carola Schulze

Unsere Kollegin Carola Schulze ist am 4. Mai dieses Jahres im Alter von 52 Jahren gestorben.

Sie wuchs in Frankfurt/Oder auf, liebte die Oder-Landschaft und blieb ihr immer verbunden. 1987 begann sie ein Studium der Altertumswissenschaft und studierte ab 1990 weiter Germanistik, Religionswissenschaft und Polonistik. Nach ihrem Hochschulabschluß arbeitete sie u.a. in Polen als Deutschdozentin.

Zur UOKG kam Carola 2008, wo sie zunächst Mitarbeiterin des damaligen Geschäftsführers Detlef W. Stein wurde, später wechselte sie zur sozialen Beratung, in der sie bis zu ihrem Tod tätig war. Ein kurzes Zwischenspiel führte sie 2015/16 nach Potsdam zur Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. Dort war sie zuständig für den Härtefallfonds und schrieb anschließend ein Buch über den Schauspieler, Regisseur, Intendanten und Autor Ralf-Günter Krolkiewicz, der auch im Alter von 52 Jahren verstorben war. Leider ist das kleine Werk bis heute nicht veröffentlicht, es gibt aber Hoffnung, daß das nun geschieht.

Neben der sozialen Beratung, die eigentlich anstrengend und zeitintensiv genug war, hat Carola zahlreiche UOKG-Kongresse und -Veranstaltungen organisiert und anschließend die Redaktion der entsprechenden Broschüren übernommen. Von 2018 bis 2019 war sie, ebenfalls nebenbei, Geschäftsführerin der Internatio-

nen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus.

Gebraucht und geliebt wurde sie aber von den Betroffenen vor allem in der sozialen Beratung. Als anteilnehmender, sanftmütiger, freundlicher und zugewandter Mensch opferte sie sich für die Ratsuchenden immer wieder auf. Beharrlich, wenn es um die Ansprüche ehemaliger politisch Verfolgter ging, war sie spezialisiert auf die „hoffnungslosen Fälle“, von denen sie nicht wenige lösen konnte. Durch ihre langjährige Arbeit kannte sie sich besonders gut im Gewirr der entsprechenden Ämter und Behörden aus.

Ob telefonisch oder im unmittelbaren Kontakt, die Betroffenen konnten sich bei Carola erholen, schöpften wieder Hoffnung und hatten wohl oft das Gefühl einer sehr persönlichen Beziehung. Wieviel Kraft sie das kostete, sahen höchstens einmal die Kollegen.



Carola Schulze.

Obwohl über die Maßen bescheiden, war sie doch sehr auf ihre Autonomie bedacht. Sie ließ sich bis zuletzt von niemandem – auch den Ärzten nicht – vorschreiben, was gut für sie war. Mit ganzer Kraft und Überzeugung hat sie bis zu ihren letzten Tagen am Leben festgehalten. Erst ganz am Ende hat sie den Griff gelöst.

Seitdem sind viele Tränen um sie geflossen, nicht nur bei den Kollegen, und viele Tränen werden noch fließen. Wir wissen nicht, ob ihr bewußt war, wie viele Menschen sie geliebt haben. Und weil dies ein Nachruf ist, rufen wir ihr nach: „Liebe Carola, danke, daß Du bei uns warst!“

Die Redaktion und die Kolleginnen und Kollegen der UOKG-Geschäftsstelle

Disziplinieren und Strafen

Wer einen umfassenden Überblick über Ursachen, Dimensionen und Folgen politischer Repression in der DDR erhalten will, findet in diesem Sammelband wissenschaftliche und gleichzeitig anschauliche Beiträge und Beispiele aus den Bereichen Geschichte, Medizin, Jura und Politik. Die 23 Autoren des Forschungsverbunds „Landschaften der Verfolgung“, dessen Sprecher Prof. Baberowski (Humboldt-Universität Berlin) ist, geben den neuesten Wissensstand wieder.

„Leben mit der Diktatur“ bedeutete für viele, der Gewalt des Staates ausgesetzt zu sein, der nach Belieben Strafen verhängte und Drohungen ausstieß, um systemkonformes Handeln zu erreichen. „Irgendwann kommt auch in der Diktatur der Moment der Stille, wenn jeder weiß, wie zu sprechen, zu schreiben und zu gehorchen ist.“ (Baberowski). Trotzdem wußten die Herrschenden nie genau, ob sich nicht unter den Schafen vielleicht doch ein Wolf versteckte.

Um Kritiker, Unzufriedene, Unruhestifter aus dem Verkehr zu ziehen, griff die herrschende SED oftmals zum Mittel der Haftstrafe. Eine Art Umerziehung sollte durch politische Vorträge, linientreue Zeitungen oder Wandparolen geschehen, was Inhaftierte mit „Rotlichtbestrahlung“ verspotteten. Beispiele belegen, wie Gefangene laut aus dem „Neuen Deutschland“ vorlesen oder an „politisch-aktuellen Gesprächen“ teilnehmen mußten. Wer gut funktionierte und sich „besserte“, durfte auch mal fernsehen oder wurde eventuell vorzeitig entlassen. Letztendlich brachten all diese Maßnahmen aber nicht den vom Staat erhofften Erfolg.

Wie ging die DDR mit „Rowdys“, die es eigentlich im Sozialismus gar nicht geben konnte, um? Der Begriff meint nicht nur Vandalen, Schläger oder Einbrecher, sondern im politischen

Kontext bewußt „Rowdys“ aus dem Westen, die auch am 17. Juni 1953 oder am 13. August 1961 eine wichtige Rolle spielten. Laut StGB konnten diese Personen höher bestraft werden.

Eine weit verbreitete Methode, politische Gegner und dissidentische Netzwerke zu zerstören, war es, Furcht und Angst zu verbreiten. Systematisch kam es zu Einschüchterungen, Erpressung und Rufmord, um die Seelen zu „zersetzen“.

Gehorsam produzierte der Staat geradezu in zentralen Institutionen der Volksbildung, in Spezialheimen (einschließlich Jugendwerkhöfen und Arbeitserziehungslagern) sowie der vormilitärischen Ausbildung. Ergreifend zeigen Beispiele, wie die physische und psychische Gesundheit von manchen Krippenkindern beeinträchtigt wurde. Schuldig waren nicht die Erzieher an sich (die insgesamt Engagement zeigten), sondern die Politik. Der utopische Glaube an eine sozialistische Pädagogik war für manche Kinder fatal, „die das Pech hatten, in Krippen und Heimen gepflegt und erzogen werden zu müssen, damit ihre Eltern den Sozialismus aufbauen konnten.“ (Rosenberg, Wiethoff).

Der Sammelband enthält Kapitel zu fahnenflüchtigen Soldaten der NVA, Zwangsadoption und Disziplinierung der christlichen Kirchen. Er betrachtet auch die juristische Aufarbeitung des SED-Regimes und Rehabilitierung der Opfer.

Berthold Schäffner



Jörg Baberowski, Robert Kindler, Stefan Donth (Hg.): *Disziplinieren und Strafen. Dimensionen politischer Repression in der DDR.* Campus Verlag 2021, 348 S., 39,95 €

Mein Leben gehört mir

(VT) „Wir standen auf der Brücke, spuckten gemeinsam in die Spree und hielten uns an den Händen. Es war klar, daß wir vorerst das letzte Mal so nah beieinander waren.“

Die junge Anne gerät zusammen mit Pieter in die Fänge der Staatssicherheit. Beide schmieden mehrere Fluchtpläne, entscheiden sich dann jedoch auf Grund eines Hinweises des ZDF-Reporters für eine ungewöhnliche Variante, die DDR zu verlassen. Sie werden verhaftet, nach Hohenschönhausen gebracht und dort den ständigen Verhören ausgesetzt. Es beginnt ein Kampf der inneren Gefühle, der äußeren Wahrnehmung, des stetigen Drucks mit sich und dem Umfeld. Nach der U-Haft, mit kurzem Aufenthalt in dem Gefängnis Keibelstraße, kommt Anne ins Frauengefängnis nach Hohenleuben.

Hadern, Kämpfen, Wachsamsein, stehen im Leben der jungen Anne auf der Tagesordnung. Nur der Glaube an sich selbst läßt sie die langen Monate der Inhaftierung zwischen Kriminellen und politisch Gleichgesinnten überstehen, bis sie und ihr damaliger Mann Pieter von der Bundesrepublik frei gekauft werden.

Nun beginnt endlich eine neue Zukunft in Hamburg, doch Pieter macht ihr mit seiner wachsenden Eifersucht das Leben schwer. Anne befindet sich in dieser neugewonnenen Freiheit in einem Ehegefängnis, aus dem es anscheinend kein Entrinnen gibt.

Hinzu kommt ein tödlicher Unfall ihrer Eltern, die auf dem Weg waren, um Anne zu ihrem Geburtstag zu besuchen, der sie völlig

aus der Bahn wirft. Aus dem Strudel, der sie immer weiter nach unten zieht, mit Gedanken, sich das Leben zu nehmen, entkommt sie aus eigener Kraft.

Es ist die authentische Reise der jungen Frau, die mit Angst, Hoffnung und Verzweiflung kämpft. Gibt es doch immer ein eigenes Pech und ein Glück der anderen, doch Anne erkennt, daß sie nur alleine ihren Weg wählen kann, um da heraus zu kommen.

Die Autorin, Anna Palinski, nimmt den Leser auf eine emotionale, von Schicksalsschlägen geprägte Reise mit.

In allen drei Büchern – dem ersten sind inzwischen zwei weitere gefolgt – entwickelt sie eine Resilienz, mit Problemen und ausweglosen Situationen fertig zu werden. Zeigt Wege auf, die an Aktualität in der heutigen Zeit mehr denn je nachvollziehbar sind und macht Mut, so daß jeder in die Geschichte eintauchen kann, um sich dort wieder zu finden. „Alles Erlebte ist immer ein Teil unseres Lebensweges!“



Anna Palinski: *Mein Leben gehört mir. Geschichte einer Befreiung*, Verlag Po-maska-Brand 2011, 252 S., 14,80 €; Fortsetzungsbände: *Mein Leben gehört mir – Der Neubeginn* (2017) und *Mein Leben gehört mir – Schicksalswege* (2021)

Nicht gehört

Gehörlose Kinder in der DDR

*Neuerscheinung der Landesbeauftragten
zu gehörlosen Kindern in der DDR*

300 schwerhörige und gehörlose Menschen haben sich seit Einrichtung der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ im Jahr 2017 an die Anlauf- und Beratungsstelle der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur gewandt. In der neuen Publikation „Nicht gehört: Gehörlose

Kinder in der DDR“ der Landesbeauftragten werden von Sandra Pingel-Schliemann die Erfahrungen von acht gehörlosen Menschen verschiedener Jahrgänge in sonderpädagogischen Einrichtungen der DDR vorgestellt. Sandra Uhlig sorgt mit einem Abriss der bildungspolitischen Entwicklung der Schwerhörigen- und Gehörlosen-Sonderpädagogik in der DDR für die historische Einordnung.

„In der Beratung schwerhöriger und gehörloser Menschen für die Stiftung wurde das Bedürfnis der Betroffenen deutlich, in der heutigen Gesellschaft von der Öffentlichkeit und insbesondere von ihren Angehörigen mit ihren leidvollen Erfahrungen in der DDR wahrgenommen zu werden“, sagte die Landesbeauftragte Anne Drescher. „Im Alter von nur drei bis vier Jahren wurden die Betroffenen in Internaten untergebracht, litten an mangelnder Geborgenheit und daran, sich nicht verständigen zu können. Gebärdensprache wurde nicht gelehrt und ihr Gebrauch unterbunden. Mit belastenden

Methoden der Hör- und Sprecherziehung sollten sie auf einen Alltag in der hörenden Mehrheitsgesellschaft vorbereitet werden“, betonte Anne Drescher.

„Der Blick zurück macht aber auch deutlich, wieviel für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe gehörloser und schwerhöriger Menschen auch heute noch nicht eingelöst ist. So gibt es selbst im Förderzentrum Hören in Güstrow immer noch keinen Unterricht in Gebärdensprache. Bei den Beratungsterminen für die Stiftung erleben wir, wie wichtig die Gebärdensprache für die Verständigung mit den Betroffenen ist“, so Anne Drescher.

Bis zum 30. Juni 2021 konnten Betroffene, die als Minderjährige in der DDR in sonderpädagogischen, psychiatrischen oder Behinderteneinrichtungen untergebracht waren, Ansprüche bei der Stiftung anmelden.

In der Publikation werden Alltag und Methoden in den Einrichtungen beschrieben und die entsprechenden Sonderschulen in den Nordbezirken kurz vorgestellt. Neben einem Exkurs zur Gebärdensprache enthält es einen Auszug der rechtlichen Regelungen in der DDR sowie eine Auflistung von Verbänden, Beratungsstellen und Dolmetscherdiensten.

1989 gab es in der DDR sechs Gehörlosenschulen mit insgesamt 819 Schülern sowie zehn Schwerhörigenschulen mit insgesamt 1528 Schülern. In den 40 Jahren der DDR wurden hochgerechnet etwa 10 000 Kinder und Jugendliche in Schwerhörigen- und Gehörlosenschulen sowie entsprechenden Hilfsschulen unterrichtet.

Online bestellt werden kann die Publikation unter www.landesbeauftragter.de/publikationen/aktuelle-publikationen/

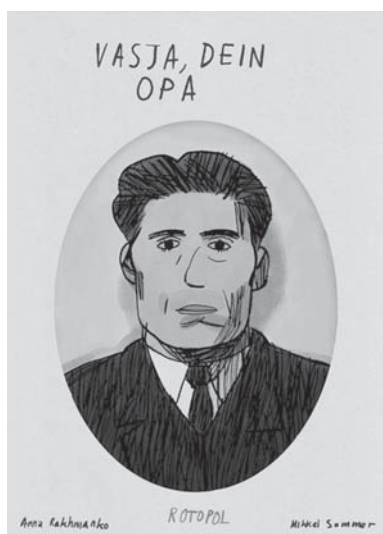
Das Buch ist auch erhältlich in der Geschäftsstelle der Landesbeauftragten, Tel.: (03 85) 73 40 06,

Fax: (03 85) 73 40 07, E-Mail: post@lamv.mv-regierung.de. 



Sandra Uhlig / Sandra Pingel-Schliemann:
Nicht gehört: Gehörlose Kinder in der DDR. DDR-Sonderschulwesen. Gehörlosenspädagogik in der DDR. Mit Biographien von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Mecklenburg-Vorpommern. ISBN 978-3-933255-62-4. Schutzgebühr 6 Euro.

Vasya, dein Opa



(VT) Zehn Tage vor Beginn des Zweiten Weltkrieges wird eine fünfköpfige Bauernfamilie nachts aufgeweckt und ohne Worte in die Ferne geschickt. Wir folgen ihnen auf ihrem Weg und an jenen fremden Ort, an dem sie fortan leben werden. „Vasya, dein Opa“ ist eine Geschichte wie Millionen anderer Geschichten in der Sowjetunion, wo fast jede zweite Familie persönlich erfahren hat, was Gulag und Exil bedeuten.

Diese eindrucksvolle dokumentarische Graphic Novel erzählt die Geschichte von Vasya, dem Großvater der Autorin Anna Rakhmanko. Sie basiert auf einem Interview mit seiner kleinen Schwester Ljubov, mit der er als Kind den ganzen Weg vom ehemaligen Rumänien (Bukowina) bis in die ferne Polarkreisregion der Sowjetunion gegangen ist, wo beide viele Jahre lang mit dem Etikett „Feind“ leben mußten.

Für das Gespräch reiste die Journalistin Anna Rakhmanko in den hohen Norden Rußlands um mit der Schwester ihres Großvaters, dem einzigen noch lebenden Mitglied ihrer Exil-Familie, darüber zu sprechen, warum ihre Familie am Ende so abgelegen mitten im Nirgendwo in Sibirien lebte. Begleitet werden ihre Worte von den leichten und gleichsam atmosphärisch dichten Zeichnungen ihres Ehemanns, des dänischen Comiczeichners Mikkel Sommer.

Anna Rakhmanko wurde 1988 geboren und ist in Sibirien groß geworden. Sie ist Journalistin und Fotografin und hat in Sankt Petersburg, Paris und Berlin studiert. Sie arbeitet unter anderem mit Geflüchteten und bei verschiedenen internationalen Projekten.

Mikkel Sommer wurde 1987 geboren und ist in Dänemark groß geworden. Die letzten zwölf Jahre hat er an Comics, Kinderbüchern, Illustrationen und Cartoons gearbeitet. Die beiden leben mit ihrer Tochter in Athen und Berlin.

Ein Teil des Erlöses aus dem Buchverkauf geht zur Unterstützung an die Organisation „The last address“ in Rußland, die daran arbeitet, das Bewußtsein über die Unterdrückten in der Sowjetzeit zu schärfen (für weitere Informationen: www.poslednyadres.ru). 

Anna Rakhmanko, Mikkel Sommer:
Vasya, dein Opa, Graphik Novel, Rotopol Verlag 2021, 104 S., 18,- €

Land am Abgrund?

Auch wenn auf dem Umschlag des Buches der Begriff „Roman“ steht, ist es doch viel mehr. Es ist eine Zustandsbeschreibung der möglichen Zukunft unserer Gesellschaft. Seit sieben Wochen steht das Buch des Tagesschau-Sprechers Constantin Schreiber auf der Spiegel-Bestseller-Liste.

Nicht ohne Grund, denn der Autor hat selbst in Arabien gelebt und spricht dortige Sprachen. Er setzt sich für Toleranz ein, hat aber keinen ideologisch-verzückten Blick auf den Islam, was inzwischen mit den üblichen Begriffen „Islamfeind“ oder „Rassist“ gebrandmarkt wurde.

Das Feuilleton der Süddeutschen Zeitung warf ihm sogar vor, ein „reaktionäres Manifest gegen Linke und Muslime“ mit diesem Roman verfaßt zu haben, weil eine Berliner Staatssekretärin, mit libanesischen Wurzeln, die „die Scharia als kompatibel mit dem Grundgesetz“ einstufte, sich „satirisch aufs Korn genommen fühlte“. Schreiber wurde weiter vorgeworfen „einen Roman voller

Feindbilder verfaßt zu haben“, in dem er ironisch darstellte, daß so eine Islam-Anhängerin, von Moslems und Diversen unterstützt, ins Bundeskanzleramt strebt. Allein diese Kontroversen sind ein Grund, das Buch zu lesen, welches natürlich

auch an „Unterwerfung“ des französischen Autors Michel Houellebecq erinnert. Während in der Öffentlichkeit die Verbrechen von Linksextremen und Rechtsextremen als massive Bedrohung des Grundgesetzes dargestellt werden, hat man die Gefahren des politischen Islamismus bisher weitgehend verharmlost.

Dieses Buch ist auch ein Weckruf, sich aktiv für unsere Freiheit einzusetzen, damit es endlich keine Gegengesellschaften mehr gibt, in denen die Scharia ganz offen

als Wertmaßstab gilt und damit unser Grundgesetz zerstört wird. Wer die Ideologie des politischen Islamismus verharmlost, darf in Deutschland keine politische Macht bekommen. Das ist keine Ausgrenzung und kein Rassismus, sondern überlebenswichtig, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu erhalten.

A.W.Bauersfeld



.....
Constantin Schreiber: *Die Kandidatin, Roman*, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2021, 208 S., 22,70 €
.....

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli und August Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Boggasch, Werner Jahn, Michael Teltz am 5. Juli, Lotte Ohnezeit am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Irene Gobreit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munski am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Görge-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Holger Buge am 17. August, Erika Ryssel am 25. August

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz
(Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Aufruf

zum Gedenken an die vielen Toten in der DDR(SED)-Diktatur

Wir gedenken der vielen Toten

Mit einer Gedenkminute am 13. August 2021 um 15.00 Uhr wollen wir der in der DDR-Diktatur zu Tode gekommenen Opfer gedenken und unsere Verbundenheit mit ihren noch lebenden Angehörigen zum Ausdruck bringen.

Es soll aber auch eine Mahnung und Erinnerung sein, daß auf deutschem Boden nie wieder eine Diktatur entsteht.

Tote an der deutschen Grenze und im Ausland,
Tote in den Gefängnissen, die unschuldig inhaftiert waren,
Tote durch illegale Pharmaversuche,
Tote die unschuldig in der DDR die Todesstrafe erlitten,
Tote, die am 17. Juni 1953 umkamen,
Tote, die mysteriös durch die SED-Diktatur umkamen.

Stellt als Symbol Eurer Solidarität eine Kerze und eine rote Rose ins Fenster!

Aufruf der Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern (Initiative)

Seid solidarisch!

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 15 28 58
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmuth Astler, Uwe Behne, Roland Briol, Wilfried Brosinsky, Dietrich-Eike Callies, Sybille Ebel, Eduard Finger, Klaus Fischer, Dieter Gefrörer, Eva-Rosemarie Golla, Thomas Gries, Alexander Grow, R. u. H. Gutmann, IG Mahnmal Großenhain, Bernd Haberkorn, Wilfried Härtel, Claus Hörrmann, Freya Klier, Manfred Kröger, Wolfgang Kupke, Uwe-Rolf Hinze, Manfred Langkath, Horst Lindemuth, Angelika Maedicke, Hella Meißner, Walter Erhard Radestock, Ute Rast u. Karl Fehlhaber, Arno Rost, Fritz Schüler, Renate Seyrich, Harald Steinke, Manfred Tecza, Eleonore Volke, Joachim Weidemann, Alexander Wörner

Stacheldraht-Konto:

BSV Förderverein

Konto-Nr. 665 52 45 01

BLZ 100 708 48

Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, anderen Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen.

George Orwell

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 19
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. Juli 2021

